

Pressemeldung, 03. Mai 2005

Inge Gräble (EVP-ED/CSU): Reformvorschläge der EU-Kommission zur Haushaltsordnung kommen spät und reichen nicht aus

Inge Gräble, EVP-ED-Berichterstatterin für die Reform der EU-Haushaltsordnung hat die heutige Vorlage entsprechender Vorschläge durch die EU-Kommission begrüßt. "Die Tatsache, dass die Kommission 29 Monate nach Inkrafttreten der derzeit gültigen Haushaltsordnung endlich Reformvorschläge vorgelegt hat, ist maßgeblich auf das Drängen der EVP-ED-Fraktion zurückzuführen. Die Haushaltsordnung ist der Schlüssel zur Abwicklung des Haushaltsplans und deshalb von überwältigender praktischer Bedeutung. In ihrer aktuellen Form löst sie aber eine Vielzahl von Verwaltungsproblemen aus und behindert dadurch eine effiziente Abwicklung des Haushalts", erklärte die CDU-Europaabgeordnete heute in Brüssel.

Inge Gräble kritisierte ferner die Tatsache, dass fast die Hälfte der Mitarbeiter in den EU-Institutionen seit dem Inkrafttreten der aktuellen Haushaltsordnung vor allem mit bürokratischen Vorgaben ohne Mehrwert für Transparenz und Betrugssicherung beschäftigt sei. Auch ihren eigentlichen Zweck, nämlich der Vergabe von Leistungen bei entsprechendem Bedarf laufe die Haushaltsordnung faktisch zuwider: "Für Leistungsanbieter aus der Wirtschaft, für Zuschussempfänger - von Nichtregierungsorganisationen über Städte und Gemeinden bis hin zu den Schulen - wirkt die Haushaltsordnung wegen der geforderten, überzogenen Nachweispflichten häufig abschreckend und damit kontraproduktiv".

Die von der EU-Kommission jetzt präsentierten 49 Vorschläge gingen teilweise in die richtige Richtung, aber unter dem Strich noch immer nicht weit genug, wie Inge Gräble weiter erklärte.

"Sie nehmen zwar erstmals Verjährungstitel auf, schaffen eine unbürokratische Regelung für Zinsen auf Vorfinanzierungen, lösen das Sprachproblem bei Ausschreibungen und schaffen eine gemeinsame Datenbasis für 'schwarze Schafe' bei Ausschreibungen". Ungelöst bleibe aber nach wie vor die dringende notwendige Vereinfachung bei den Vergabe- und Zuschussverfahren. Außerdem versuche die EU-Kommission, Parlamentsrechte im Haushaltsverfahren zu beschneiden, ohne umgekehrt für mehr Transparenz und Mitwirkung des Europäischen Parlaments zu sorgen.

"Ihr halbherziger Reformansatz macht deutlich, dass die EU-Kommission die Hilferufe aus ihren eigenen Reihen ebenso wenig ernst nimmt wie diejenigen von Leistungsanbietern und Antragstellern. Nicht einmal die dringendsten Forderungen ihrer eigenen Haushaltsexperten wurden erfüllt. Die Kommission verfährt offenbar nach dem 'Prinzip Augen zu und durch' und tut zu wenig gegen ihren eigenen Ansehensverlust in den Mitgliedstaaten wegen zahlreicher unsinniger bürokratischer Vorschriften", so das kritische Fazit der Berichterstatterin. Inge Gräble kündigte abschließend an, dass sich das Parlament mit diesem Themenkomplex erneut befassen wird, sobald die Kommission ihre Reformvorschläge der Durchführungsbestimmungen zur Haushaltsordnung im Juli vorgelegt hat.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräble, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868
EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144